

Jugend stärken – Demokratie sichern: Forderungen zur NRW-Landtagswahl 2027

Demokratische Institutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen, wie die katholischen Jugendverbände, stehen zunehmend unter Druck.^[1] Rechtsextreme und demokratiefeindliche Akteur*innen versuchen, Engagement für Vielfalt, Menschenwürde und Demokratie zu delegitimieren und infrage zu stellen. Mit Blick auf die Landtagswahl in NRW am 25. April 2027 und darüber hinaus muss die Landespolitik demokratische Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess noch stärker ermöglichen, extremistischen Positionen entschieden entgegenzutreten und die zivilgesellschaftliche Arbeit auch von den Jugendverbänden als unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft weiter stärken.^[2]

Die Belange junger Menschen müssen im Vorfeld der Landtagswahl 2027 eine zentrale Rolle spielen und in den Wahlprogrammen der demokratischen Parteien angemessen berücksichtigt werden. Junge Menschen sind von politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen und müssen mit den Folgen am längsten leben: sei es in den Bereichen Bildung, Klima, soziale Gerechtigkeit, Mobilität oder Digitalisierung. Umso wichtiger ist es, ihre Perspektiven ernst zu nehmen, ihre Anliegen stärker in politische Prozesse einzubeziehen und ihnen echte Mitgestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Kandidat*innen müssen daher gezielt das Gespräch mit jungen Menschen suchen und Beteiligung auf Augenhöhe ermöglichen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den wichtigen Schritt, das Wahlalter für Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen auf 16 Jahre abzusenken, um den Einfluss junger Menschen zu stärken. Viele Jahre haben wir uns als katholische Jugendverbandsarbeit, gemeinsam mit anderen Jugendverbänden, dafür eingesetzt, weil politische Teilhabe und demokratische Mitbestimmung nicht erst mit der Volljährigkeit beginnen dürfen. Nun gilt es, diesen Fortschritt mit einer Politik zu verbinden, die die Interessen und Lebensrealitäten junger Menschen konsequent berücksichtigt.

Damit Jugendverbände weiterhin eine tragende Säule unserer demokratischen Zivilgesellschaft sind, braucht es stabile und verlässliche Rahmenbedingungen. Die Dynamisierung des Kinder- und Jugendförderplans (KJFP) des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich als wichtiges Instrument bewährt. Angesichts steigender Kosten und wachsender Anforderungen muss diese Dynamisierung dauerhaft erhalten bleiben. Die aktuelle Prioritätensetzung im Landeshaushalt auf Kinder, Jugendliche und Bildung erachten wir als richtig und dringend notwendig.

Deshalb wird mit Blick auf aktuelle Debatten um Einsparungen besonders deutlich, dass Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nicht nur individuelle Lebenslagen verschärfen, sondern auch das Vertrauen in demokratische Institutionen schwächen können. „Kürzungen im Sozialstaat schaden nicht nur den Betroffenen selbst, sondern auch unserer Demokratie. Sie führen zu einer stärkeren Stigmatisierung einzelner Gruppen, was zu einer zunehmenden Spaltung in der Gesellschaft beiträgt.“^[3] Eine gut ausgestattete Kinder- und Jugendhilfe ist daher keine optionale Leistung, sondern eine grundlegende Investition in die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft.

Zudem fordern wir vom Land NRW die stärkere Beteiligung an der Finanzierung und Förderung von Freiwilligendiensten. Freiwilligendienste leisten einen wichtigen Beitrag für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Sie eröffnen Erfahrungsräume, stärken Selbstwirksamkeit und fördern Engagement. Freiwilligendienste dürfen nicht von kurzfristigen Haushaltsentscheidungen abhängig sein, sondern benötigen langfristige Planungssicherheit und ausreichende finanzielle Ausstattung.

Auch digitale Räume sind zentrale Lebensorte junger Menschen. Gleichzeitig verbreiten sich dort Desinformation, Verschwörungstheorien und extremistische Inhalte besonders schnell. Bereits mit unserem Beschluss von 2024 „Nie wieder ist jetzt!“ - Gemeinsam für Demokratie und Vielfalt haben wir die Bedeutung einer starken Demokratiebildung als eine Antwort auf Menschenfeindlichkeit und Extremismus hervorgehoben. Die dort formulierten Forderungen gelten ausdrücklich auch für den digitalen Raum. Um junge Menschen zu befähigen, digitale Informationen kritisch zu hinterfragen, Quellen einzuordnen und Manipulation zu erkennen, müssen die Mittel für Medienpädagogik im Kinder- und Jugendförderplans des Landes Nordrhein-Westfalen deutlich erhöht werden. Medienbildung und die Arbeit gegen Hass und Extremismus im Netz sowie die Förderung digitaler Teilhabe müssen dauerhaft gestärkt werden. Deutlich stärker gefördert werden muss auch die wichtige Arbeit der Mediensuchtprävention.

Junge Menschen engagieren sich in hohem Maße ehrenamtlich. Damit dieses Engagement auch künftig möglich bleibt, müssen bürokratische Hürden reduziert, Beteiligungsmöglichkeiten ausgebaut und die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Ausbildung, Studium und Beruf verbessert werden. Ein wichtiges Instrument zur Ermöglichung von Ehrenamt ist der Sonderurlaub, der auch in Zukunft auskömmlich finanziert sein muss. Zudem fordern wir, dass alle Beschäftigte des öffentlichen Dienstes endlich die Möglichkeit erhalten, Sonderurlaub für ehrenamtliches Engagement gemäß den allgemein gültigen Bestimmungen wahrnehmen zu können.

Eigenständige Jugendpolitik braucht einen eigenen politischen Stellenwert neben der Schulpolitik. Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle gesellschaftlichen Bereiche in die Verantwortung nimmt, gute Rahmenbedingungen für junge Menschen zu schaffen. Jugendverbände, Freiwilligendienste und die vielfältigen Orte außerschulischer Bildung sind eigenständige Lern- und Erfahrungsräume, die junge Menschen in ihrer Entwicklung begleiten und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Die katholischen Jugendverbände und die Kirchen bieten jungen Menschen seit langer Zeit solche Räume und stehen trotz aller Veränderungen auch in Zukunft als Akteure und Träger bereit. Um jungen Menschen gerecht zu werden, braucht und verdient die eigenständige Jugendpolitik auch künftig große politische Aufmerksamkeit.

Wir fordern daher die demokratischen Parteien zur NRW-Landtagswahl 2027 auf, die Interessen junger Menschen konsequent zu berücksichtigen und ihre politischen Vorhaben an den Auswirkungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu messen. Jugendverbände und die Strukturen von jungem Engagement müssen politisch geschützt und nachhaltig gestärkt werden. Eigenständige Jugendpolitik darf nicht als Randthema behandelt werden, sondern muss als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern unter Beteiligung junger Menschen Beachtung finden und Einfluss nehmen.

[1]Übersicht eingegangener Stellungnahmen im NRW-Landtag zum Antrag der AfD-Fraktion im Oktober 2025; Antwort der NRW-Landesregierung, Landtags-Drucksache 18/14721

[2] Beschluss BDKJ NRW Landesversammlung 2026 „AfD-Verbotsverfahren Jetzt!“

[3]Beschluss BDKJ Hauptversammlung 2026 „Kürzung in der Kinder- und Jugendhilfe: Nicht mit uns!“

Beschlossen von der BDKJ-Diözesanversammlung vom 03.- 05. Juli 2026